



CDU **Verband** **Brüssel-Belgien asbl**

Informationen aus dem Vorstand

Verehrte Mitglieder,

mit diesem Mitgliederbrief wollen wir Sie wieder über aktuelle Ereignisse und zukünftige Veranstaltungen informieren. Dabei steht der Bundesparteitag im Mittelpunkt, zu dem inzwischen eine Nachlese mit Elmar Brok MdEP stattgefunden hat. Mit Tim Peters stelle ich Ihnen anbei zwei Sichtweisen auf die aktuelle Krise dar.

Mit den besten Grüßen

24. Bundesparteitag der CDU Deutschlands

Im Vorfeld des Bundesparteitages hatte die CDU Brüssel ihre Mitglieder aufgerufen, Änderungen betreffend die vom Bundesvorstand vorgelegten Leitanträge "Bildungsrepublik Deutschland" und "Starkes Europa - Gute Zukunft für Deutschland" zu übermitteln. Zum erstgenannten Antrag gingen keine Rückmeldungen ein, zu letzterem äußerten sich - trotz der knappen Rückmeldefrist - einige Mitglieder, so dass der Vorstand daraus einen Vorschlag erarbeiten und der internen Antragskommission sowie der CDU Deutschlands übermitteln konnte.

Der 24. Parteitag der CDU Deutschlands fand am 14./15. November in Leipzig statt. Die CDU Brüssel-Belgien war durch den Vorsitzenden und die Geschäftsführerin vor Ort vertreten.

In seiner Begrüßung ging der Ministerpräsident des Freistaates Sachsen, Stanislaw Tillich, auf die besondere Bedeutung Leipzigs für die Deutsche Einheit ein. "Mutbürger" hätten damals den Mauerfall herbeigeführt, keine "Wutbürger"! Er dankte für 22 Jahre Solidarität mit den neuen Bundesländern und verwies stolz auf die Entwicklungen im Freistaat. Allerdings lägen z.B. mit der Bekämpfung des demografischen Wandels weiterhin große Herausforderungen vor Sachsen.

Die CDU-Vorsitzende Dr. Angela Merkel betonte in ihrer Rede, dass das „christliche Menschenbild“ unverändert das Fundament für die CDU bleibe und unser Gesellschaftsmodell der sozialen

Marktwirtschaft präge. So mache man seit 65 Jahren Politik aus Verantwortung vor Gott und vor den Menschen. Dieser Kompass, der der CDU als Wegweiser diene, bleibe auch unverändert, wenn sich der Kontext z.B. durch Entwicklungen wie den Arabischen Frühling oder durch Katastrophen wie in Fukushima manchmal rasend schnell verändere. Auch bei der europäischen Integration habe die CDU wie keine andere Partei in Deutschland Verantwortung gezeigt. Nur wenn es der EU gut gehe, könne es auch Deutschland gut gehen. Die jetzige Krise solle als Wendepunkt zu einer neuen Politik gesehen werden. „Die Wirtschaft und die Finanzwirtschaft müssen den Menschen dienen und nicht umgekehrt“, so Merkel. Es gelte, Strukturen weiterzuentwickeln und Verstöße gegen den Stabilitäts- und Wachstumspakt künftig scharf zu ahnden. Dafür sei ein Mehr an Europa und eine gemeinsame, europäische Verantwortung erforderlich. Wörtlich sagte sie: „Unser Europa ist jede Mühe und jede Anstrengung wert.“

Generalsekretär Hermann Gröhe bezeichnete die EU als großartiges Friedensprojekt und ging u.a. detailliert auf die notwendige Regulierung der Finanzmärkte und nationale Schuldenbremsen ein.

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe im EP, Dr. Werner Langen MdEP begrüßte den Schwerpunkt Europapolitik auf der Tagesordnung und führte in eine spannende Debatte über den Leitantrag ein. Der überzeugende Beitrag von Finanzminister Dr. Wolfgang Schäuble löste stehenden Ovationen aus. Fast alle Vorschläge der CDU Brüssel wurden abgelehnt. Dennoch ist der mit überwältigender Mehrheit beschlossene Antrag ein klares Bekenntnis zu Europa und zum Euro und wurde sofort in vielen anderen Mitgliedstaaten als positiv bewertet.

Des Weiteren wurden während des Parteitags auch der Antrag zur Lohnuntergrenze sowie der bisher am breitesten in der Parteibasis kontrovers diskutierte Leitantrag „Bildungsrepublik Deutschland“ verabschiedet. Eine heftige Diskussion entwickelte sich bei dem von der Frauen Union eingereichten Antrag betreffend das Betreuungsgeld. Dieser wurde zur Prüfung an die Bundestagsfraktion überwiesen.

Christina Gippert



CDU **Verband** **Brüssel-Belgien asbl**

Informationen aus dem Vorstand

Die aktuelle Krise - zwei Ansichten

Nichts beherrscht die politische Landschaft und die Diskussionen der Menschen mehr als die Krise, die neben einer ökonomischen verstärkt auch eine sehr emotionale und nahezu alles infrage stellende wird. Anbei zwei Sichtweisen.

Jochen Richter: In der Krise, die zunehmend existentiell für die Zukunft des europäischen Projekts wird, kommen zum Schrecken vieler alle alten Reflexe wieder zum Vorschein. Nachdem das europäische Projekt 40 Jahre lang überwiegend positive Ergebnisse geliefert hat, geht es aktuell eher schwierig zu. Und plötzlich wird in Paris offen über die Ängste vor den Deutschen gesprochen, in Artikeln quer durch Europa taucht wieder Kriegsrhetorik auf und Deutschlands scheinbare Zurückhaltung wird ebenso kritisiert wie seine ökonomische Machtdemonstration.

Ich denke, dass wir alle empfinden, ein "weiter so" ist nicht möglich. Doch ist die Frage im Moment auch eher, ob wir die Zeit haben, in Ruhe über den vermutlich besten Weg aus der Krise zu reflektieren. Die Kurzlebigkeit von sogenannten Wahrheiten, die die Menschen von der Politik erwarten, macht den Spagat deutlich, den insbesondere die Bundeskanzlerin in ihren Bemühungen ständig vollziehen muss.

Ist die Kritik an ihrer bis heute negativen Haltung zu Eurobonds gerechtfertigt? Dies kann nicht die Frage sein, denn selbst Ökonomen sind sich nicht einig, welche der vorgeschlagenen Lösungen welche präzisen Folgen hat.

Was muss man dennoch festhalten? Wir brauchen dringend einen Lösungsansatz, der die täglichen Ausschläge an den Märkten eindämmt. Sonst verliert die Politik jegliche Glaubwürdigkeit. Das Hauptargument gegen Eurobonds ist die Angst vor Inflation. Jedoch herrscht weder in den USA noch in Japan bei wesentlich höheren Verschuldungen Inflation. Also sollten wir den Mut zum Handeln aufbringen. Dies muss allerdings auf EU-Ebene mittels der Gemeinschaftsmethode organisiert sein, denn Schulden wurden und werden von nationalen Parlamenten über die Haushalte verabschiedet.

Tim Peters: Die dramatische Überschuldung der öffentlichen Haushalte nahezu aller EU-Mitgliedstaaten, überdimensionierte Wohlfahrtsstaaten, eine mangelhafte Finanzmarktregulierung sowie eine mangelnde Wettbewerbsfähigkeit der Privatwirtschaft in vielen Eurostaaten sind die wesentlichen Ursachen der gegenwärtigen Krise. Wer die aktuelle Krise nachhaltig lösen will, muss hier ansetzen. Alle EU-Staaten müssen zeitnah mutige Strukturreformen sowie konsequente Konsolidierungsmaßnahmen beschließen – und vor allem umsetzen. Besonders gefordert sind die Krisenstaaten, die gegenwärtig besonders hohe Zinsaufschläge an den Märkten zahlen müssen. Sie müssen ihre Reformanstrengungen nochmals verschärfen und beschleunigen.

Eine Lehre aus der aktuellen Krise ist, dass erst massiver Druck der Märkte dafür gesorgt hat, dass unangenehme Strukturreformen und schmerzhaft Konsolidierungsmaßnahmen in den Krisenstaaten angepackt worden sind. Umgekehrt hat die Regierung Berlusconi ihr zunächst durchaus ambitioniertes Reformprogramm in dem Moment maßgeblich gekürzt, in dem die EZB begonnen hat, italienische Anleihen zu kaufen.

Sämtliche Hilfsmaßnahmen sollten sich daher auch zukünftig an den im EU-Vertrag niedergelegten Verboten der monetären Staatsfinanzierung (Art. 123 AEUV) sowie der gegenseitigen Haftung (Art. 125 AEUV) orientieren. Hilfen müssen streng konditioniert sowie zeitlich begrenzt sein. Eine dauerhafte und unbeschränkte Vergemeinschaftung von Schulden über die EZB oder über Eurobonds würde aus der Stabilitätsgemeinschaft des Euros eine Schulden- und Inflationsunion machen. Das wäre zum Schaden ganz Europas!

Vorankündigung:

Bitte merken Sie sich bereits heute den 6. Februar 2012 als Termin für den Neujahrsempfang der CDU Brüssel-Belgien mit der JU sowie Reimer Böge MdEP als Hauptredner vor.

Bis dahin verbleiben wir mit den besten Wünschen für ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein gesundes neues Jahr!